

„Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, an den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ und „Der Junge der Woche“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung im Voraus monatlich 12 M., bei Postumszahlung 14 M. Für den Monat Januar, im Voraus zahlbar. Alle Postumszahlungen sind in den Monatsheften entgegen. Unter Erwerb und bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien, für die übrigen deutschen Gebiete Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens und Litauen 15 M., für das übrige Ausland 20 M.

Die abonnententafel der Redaktion steht über dem Namen hinter 1. — M. einschließlich Postgebühren. Keine Anzeigen. Das eingedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Ausland: Anzeigen 1.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FR E I H E I T

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz

Alle europäischen Staaten sollen teilnehmen — Die Vereinigten Staaten werden ebenfalls eingeladen

Die entscheidende Resolution

Cannes, 6. Januar. (Havas.)

In seiner am heutigen Nachmittag abgehaltenen Sitzung hat der Ausschuss der Konferenz folgende Resolution angenommen:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bilde. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Premierminister einer jeden Nation, womöglich in Berlin, dieser Konferenz beizuwohnen sollen, damit den Empfehlungen durch letztere so schnell wie möglich die Tat folgen kann. Die alliierten Mächte sind der Meinung, daß die Wiederannahme des internationalen Handels in ganz Europa sowie die Entwicklung der Hilfsquellen aller Mächte notwendig sei, um die Menge der im Wirtschaftswesen Tätigen zu vergrößern und die Leiden, denen die Bevölkerung Europas ausgesetzt ist, zu vermindern. Eine gemeinsame Anstrengung der Kräfte ist notwendig, um den europäischen Wirtschaftsideen die sehr geschwächte Lebenskraft wiederzugeben. Diese Anstrengungen müssen die Beseitigung aller Hindernisse zum Gegenstand haben, die den Handel hemmen. Sie müssen auch auf die Bewilligung von ausgedehnten Krediten an die schwächsten Länder ausgedehnt werden, ebenso auf die Zusammenarbeit aller zur Wiederherstellung des normalen Produktionslebens. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die unentbehrlichen Grundbedingungen in ihren großen Punkten folgende sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundzüge aufzuerlegen, nach denen sie die Fragen des Besitzes, der Wirtschaftsgesetze und die Regeln im Innern ihres Landes bestimmen wollen. Es ist jedem Lande das System zu lassen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.
 2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die auswärtigen Eigentümer dieses Kapitals die Gewähr haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geschützt werden und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.
 3. Jedes Gefühl der Sicherheit kann wieder hergestellt werden, wenn die Nationen (oder die Regierungen der Nationen), die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, freiwillig folgende Verpflichtungen auf sich nehmen:
 - a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, die von den Staaten, den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind und die Verpflichtung anzuerkennen, ausländische Interessenten für die Verluste und Schäden, die ihnen aus der Liquidation ihrer Eigentums erwachsen sind, zu entschädigen oder ihnen das Eigentum wiederzugestellen;
 - b) ein gesetzliches und juristisches System einzurichten, durch das die unparteiische Ausführung aller Handels- und sonstiger Verträge sichergestellt wird.
 4. Die Nationen müssen über bequeme Austauschmittel verfügen, allgemein gesprochen müssen bezüglich des Finanz- und Geldwesens Bedingungen bestehen, die dem Handel genügend Sicherheit bieten.
 5. Alle Nationen müssen sich verpflichten, von jeder Propaganda Abstand zu nehmen, die die Ordnung und das politische System eines anderen Landes benachteiligt.
 6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.
- Wenn zu diesem Zwecke die für die Entwicklung des Handels mit Rußland notwendigen Bedingungen gesichert sind und die russische Regierung ihre offizielle Anerkennung fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung nur aussprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen annimmt.

nach einigen Gerüchten bis zu einer Milliarde, und daß der Anteil der anderen Länder herabgesetzt werde; aber Italien erhebe Einwendungen und verlange, daß der Wert der Staatsgüter in den Gebieten, die annektiert wurden, in Anrechnung kommen solle. Das beziehe sich auf die Kohlengruben des Saargebietes. Was die Kohlen anbetreffe, so werde die Berechnung für die von Deutschland zu leistenden Lieferungen nach dem deutschen Inlandspreis erfolgen.

Die Reden in Cannes

Paris, 6. Januar.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in Cannes meldet:

Ministerpräsident Briand schlug in der Rede, mit der er die Konferenz eröffnete, die Bildung zweier Ausschüsse vor, von denen der eine sich mit den Reparationen, der andere mit der Frage des Wiederaufbaues Europas beschäftigen soll.

Lloyd George (England):

Lloyd George führte in seiner Rede aus: Diese Konferenz ist wahrscheinlich die wichtigste aller dieser, die sich seit dem Waffenstillstand versammelt haben, denn ihre Beschlüsse werden von weittragender Bedeutung sein. Das Schicksal Europas hängt von der Zusammenarbeit der alliierten Mächte ab. Sie müssen die schwere Verantwortung auf sich nehmen, die sich aus dem Zustand der wirtschaftlichen Zerrüttung ergibt, unter der weite Gebiete gegenwärtig darniederliegen. Die Eintracht der Alliierten bleibt für den Frieden unentbehrlich. Um sie zu verwirklichen, ist es nötig, daß die Mächte bereit sind, gegenseitig Opfer zu bringen, und daß sie anerkennen, daß eine jede von ihnen alle möglichen Opfer gebracht hat. Man darf aus der Tatsache, daß das englische Budget im Gleichgewicht ist, nicht schließen, daß England keine Lasten zu tragen hat. Gerade durch die beträchtliche Höhe der Besteuerung ist dieses Gleichgewicht hergestellt; z. B. sieht das englische Budget allein für Pensionen eine Ausgabe von 10 Millionen Pfund Sterling vor. Es ist eine undankbare Aufgabe, seinen Alliierten Mühseligkeiten zu predigen, wenn es sich um Deutschland aufzuwerfende Bedingungen handelt. Wer diese Rolle spielt, der wird angeklagt, daß er seine Alliierten Deutschland opfere. In Wirklichkeit ist es notwendig, die Dinge so anzusehen, wie sie sind:

Deutschland muß bezahlen bis zum Höchstgrade seiner Leistungsfähigkeit; das erfordert die Gerechtigkeit.

Es ist in allen zivilisierten Ländern ausgemacht, daß der einen Schaden angerichtet hat, ihn wieder gutmachen muß. Aber wenn das Urteil gesprochen ist, so muß man prüfen, in welchem Maße es ausgeführt werden soll. Wenn der Vertreter Großbritanniens dafür eintritt, daß Deutschland nicht zum Hungertode getrieben werden soll, so treibt er keine deutsch-feindliche Politik. England hat kein Interesse daran, Deutschland zu schonen. Wenn Deutschland ruiniert würde, würde England das erste Land sein, welches Vorteil daraus ziehen würde. Wenn England dagegen Mühseligkeiten zu erleiden hat, weil das den allgemaineren und großzügigeren Interessen der Welt entspricht. Es muß vermieden werden, Deutschland in das Chaos zu stürzen, in dem Rußland gegenwärtig darniederliegt. Wenn die sozialen Verhältnisse in Deutschland zerrüttet werden, so wird es sich infolge seiner Fähigkeiten und infolge des Temperaments seiner Einwohner als etwas viel Gefährlicheres erheben, als Rußland für seine Nachbarn ist.

Diese Erwägung habe die britische Regierung trotz der Proteste, die sich in Europa und England erhoben haben, dazu gebracht, zur Vorkehrung die Hilfe zu versagen. Unter den gegenwärtigen Umständen leide England unter einem sehr ernstlichen Uebel. Die Arbeitslosigkeit und die den Beschäftigten gewährte Hilfe belaste Großbritannien schwerer als die den Verarmten und ehemaligen Kriegsteilnehmern gewährten Pensionen. Belgien leide an einem ähnlichen Uebel. Dort unterhalte man im gegenwärtigen Augenblick 120 000 Arbeitslose, ebenso in Italien. Wenn die Lage in Frankreich etwas anders sei, so liege das daran, daß die ländliche Bevölkerung besonders stark sei sowie daran, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine genügend große Aufgabe bilde, um die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die allgemeine Gesundheit der Welt wankte und daß man sich bemühen müsse, sie wieder herzustellen. Wenn diese Aufgabe nicht von den Alliierten übernommen werden würde, wer sollte sie dann übernehmen? Sicher könne die Republik des Weltens besser zur wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt beitragen als irgendein anderes Land, aber es sei nicht angebracht, der Stellungnahme der Vereinigten Staaten vorzugreifen. Es sei von Bedeutung, daß die französischen Mächte des großen Krieges den Mut ihrer Verantwortung auf sich nähmen. Wenn sie es nicht täten, werde die Geschichte sie durch die Stimme ihrer Völker verurteilen.

Gegenüber dem Bolschewismus bestehe ein Vorurteil.

Lloyd George kam hierauf kurz auf die Klagen der Armenier wegen der Massaker in Kleinasien zu sprechen und sagte, diese Tatsache habe gewisse Regierungen nicht verhindert, Abkommen mit dem Volke zu schließen, welches für diese Gemetzel verantwortlich sei. Es sei unmöglich, die Russen zurückzuweisen unter dem Vorwande, daß ihre Hände mit dem Blut Unschuldiger besetzt seien, und die Türken anzuhalten, denen ähnliche Misse-

raten vorgeworfen werden. Um die Welt wiederherzustellen, gebe es nur ein wirksames Mittel,

das sei der Friede.

Lloyd George erklärte, er schlage die Einberufung einer Konferenz vor, auf der alle europäischen Länder vertreten sein würden, deren Aufgabe es sein würde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas zu fördern. Wenn Rußland eingeladen werde, so müsse ihm deutlich gesagt werden, daß man mit ihm nur verhandeln werde, wenn es bereit sei, die Grundzüge zu beachten, die bei den zivilisierten Nationen maßgebend seien, seine Schulden zu bezahlen und angerichtete Schäden wieder gut zu machen, die beschlagnahmten Güter wieder herauszugeben, geordnete Bestimmungen betreffend die Verträge zu treffen und von jeder Propaganda abzusehen, die darauf hinarbeiten könnte, die Einrichtungen eines anderen Landes zu stören, und endlich, seine Nachbarn nicht anzugreifen. Hierauf verlas Lloyd George den Wortlaut eines Resolutionsentwurfes.

Bonomi (Italien):

Hierauf ergriff der Vertreter Italiens das Wort. Bonomi erklärte, er sei für den Vorschlag der Einberufung einer Wirtschaftskonferenz. Die Mächte Mittel- und Osteuropas dürften nicht länger auf wirtschaftlichem Gebiete getrennt von der übrigen Welt bleiben. Rußland gegenüber habe Italien keinerlei Bedenken gegen die Anerkennung seiner gegenwärtigen Regierung. Die innere Organisation dieses Landes ginge nur Rußland selbst an. Indessen dürfe verlangt werden, daß Rußland sich jeder gegen die innere Ordnung anderer Nationen gerichteten Propaganda enthalte. Die italienische Delegation sei infolge dessen für die Bedingungen, die an die Anerkennung der Sowjetregierung geknüpft würden.

Theunis (Belgien):

Nach Bonomi ergriff der belgische Ministerpräsident Theunis das Wort und sagte, Belgien stimme dem von Lloyd George vorgelegenen Resolutionsentwurf an, wünsche aber, daß die einzelnen Bestimmungen sorgfältig geprüft würden. Belgien sei an der Wiederherstellung Europas ebenso oder noch mehr wie jede andere Nation interessiert. Die Wichtigkeit seiner Bevölkerung sei viermal so groß, wie die Frankreichs. Deshalb müsse Belgien Lebensmittel und andere Waren aus dem Ausland einführen. Vor dem Kriege seien 80 Prozent des belgischen Handels für England und Mitteleuropa bestimmt gewesen. Infolgedessen leide Belgien ganz besonders an der gegenwärtigen Krise. Die finanzielle Lage Belgiens werde sich erst an dem Tage bessern, an dem der Stand der Wechselkurse in ganz Europa wieder normal geworden sei.

Ishii (Japan):

Der japanische Delegierte Graf Ishii sagte, er nehme davon Abstand, eine Ansicht über die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz anzuschreiben, an der nur die europäischen Mächte teilnehmen sollen. Indessen werde er später einige Bemerkungen bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung machen.

Briand (Frankreich):

Als letzter ergriff Ministerpräsident Briand das Wort und erklärte, er wolle im Augenblick nicht auf das eingehen, was von dem Vordredner über die Reparationsfrage gesagt worden sei. Wenn der Sonderausschuss und die Sachverständigen ihre Berichte fertigstellen und eine würdevolle Besprechung möglich gemacht haben würden, werde er die allgemaine Auffassung der französischen Delegation zum Ausdruck bringen. Jetzt werde er sich darauf beschränken, die Frage der internationalen Wirtschaftskonferenz zu prüfen. Er stimme grundsätzlich vollkommen dem Vorschlage des englischen Premierministers unter dem Vorbehalte zu, daß die Einzelheiten einer näheren Prüfung unterzogen werden. In dieser Angelegenheit, sagte Briand, sind wir der Meinung, daß man sich nicht von sentimentalen Erwägungen leiten lassen soll. Die ersten Interessen der Gegenwart dürften nicht einem Vorurteil geopfert werden. In dem Augenblick, wo Lloyd George seine Ansichten über die Frage entwickelt habe, habe er das Gefühl gehabt, daß ein richtiger Stein in seinen Garten gefallen sei, der aber kein Beet verfestigt habe. Jedem wir die Initiative eines so ausgedehnten Unternehmens wie die Wiederherstellung Europas auf uns nehmen, so führte Briand aus, nehmen wir eine schwere Verantwortung auf uns, und ermahnen wir in den Vätern Hoffnungen, die nicht ohne Gefahr enttäuscht werden dürfen.

Wir müssen Erfolg haben

und zu diesem Zweck müssen wir alle Dispositionen und alle Maßnahmenwerten Vorkehrungen treffen. Deshalb muß die Billigungnahme mit Rußland von Garantien begleitet sein, die bereits einer meiner Vordredner gefordert hat. Im anderen Falle würden wir Gefahr laufen, zum Narren gehalten zu werden. Briand erklärte, er müsse bestätigen, daß die von Lloyd George vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet seien, Frankreich zu befriedigen. Er wünsche lediglich, daß sie heute nachmittag im einzelnen geprüft, bezüglich gewisser Punkte verbessert und nach erfolgter Diskussion ergänzt würden. Unter diesem Vorbehalte stimme die französische Delegation dem Vorschlage des britischen Premierministers zu.

Nach der Rede Briands wurde die Debatte geschlossen. Der Vorschlag Lloyd Georges wurde im Grundsatz angenommen. (Siehe auch 2. Seite.)

Einberufung der Wirtschaftskonferenz nach Italien

Cannes, 6. Januar. (Havas.)

Auf der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung der Konferenz wurde beschlossen, daß die Wirtschafts- und Finanzkonferenz in Italien abgehalten werden soll. Die Vereinigten Staaten werden zur Teilnahme eingeladen werden.

Die Reparationsfrage

Paris, 7. Januar.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet aus Cannes, man habe gestern Abend angekündigt, daß die belgische Regierung grundsätzlich ihre Zustimmung zu dem französisch-englischen Abkommen vom 22. Dezember über die Reparationen erklärt habe. Sie verlangte, daß die deutschen Zahlungen etwas höher würden.

Die Steuerforderungen der Gewerkschaften

Auf Veranlassung der Gewerkschaften fand am 6. Januar im Reichstag eine erneute Besprechung zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AFD-Bundes und der beiden sozialdemokratischen Parteien statt. Die Gewerkschaftsvertreter ließen sich über den Stand der parlamentarischen Verhandlungen über die gesamte Steuerfrage informieren und brachten eine starke Unzufriedenheit über die Latenzzeit der Regierung hinsichtlich der Heranziehung des Besten zu den Steuerlasten zum Ausdruck. Die beiden sozialdemokratischen Parteien sind nach wie vor einig in dem Willen, sich für die im November veröffentlichten Steuerforderungen der Gewerkschaften mit ganzer Kraft einzusetzen.

Das Ende der braunschweigischen Landesversammlung

Die verfassunggebende Landesversammlung des Freistaates Braunschweig hielt am Freitag ihre letzte Sitzung vor den Wahlen ab. Das Haus nahm gegen die Stimmen der Bürgerlichen ein Gesetz an, durch das die Altersgrenze der Richter auf 68 Jahre festgelegt wird. Dann erfolgte aus Anlaß der neuen Verfassung die Annahme eines Gnadenerrlasses für politische Straftaten, gelinde Vergehen, die mit Strafe bis zu sechs Monaten bedroht sind. Ferner genehmigte die Landesversammlung noch die Aufnahme einer Staatsanleihe von 30 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaus und bewilligte zwei Millionen Mark für unterstützungsbedürftige Kleinrentner, sowie 150 000 Mark zur Unterstützung hilfsbedürftiger begabter Studenten. Daraus schloß der Präsident die verfassunggebende Versammlung.

Der Schlußstrich

Die Zerlegung in der A. V. D.

Die „Note Fahne“ sieht sich heute genötigt, einen neuen Aufruf „der Bräde und Genossen“ zu veröffentlichen. Das Blatt teilt mit, daß „die Betreffenden“ von der Zentrale auf die Folgen ihres Vorgehens aufmerksam gemacht worden seien, trotzdem hätten sie den ersten Akt des Disziplinärverfahrens einen zweiten hinzugefügt. In dem Aufruf wird ausgeführt, daß die Zentrale mit ihrer Politik für die Verbreitung „noch größerer Mißtrauens der Arbeiterschaft“ besorgt habe. Der Wadmann, der von Paul Kadel und Thalheimer verpackt werde, werde zum Parteiblogma gestempelt. Wir hören weiter:

„Wenn die Partei in dem gleichen Moment, wo sie die Parole der Einheitsfront zu vertreten vorgibt, den aus Eifersüchtelei geborenen Kampf gegen die A. V. D. Tendenzen als oberste Parteipolitik hinstellt, dann macht sie sich bei den Arbeitermassen nur lächerlich, bringt sich um jeden Einfluß und beweist, daß sie bewußt mit der Politik des letzten Zentralauschusses bricht. Es ist kein Zufall, daß von den 400 000 Mitgliedern der A. V. D., die sich in Halle zur III. Internationale bekannten, nur noch 300 000 Mitglieder auf dem Vereinigungsparteitag der A. V. D. im März 1921 nur noch 300 000 vorhanden waren und heute nur noch 150 000 bis 200 000 Mitglieder vorhanden sind.“

Der Aufruf sagt weiter, daß eine wirkliche Führung in internationalen Fragen zu verlangen sei die man aufs schmerzlichste vermissen müsse „gegenüber der geschickten Führung der III. Internationale, der sich jetzt das Exekutivkomitee anschließen muß, ohne bis zum heutigen Tage ein Programm für eine internationale Aktion entwickelt zu haben.“ Bräde, Friesland und Matzahn seien gemahregelt worden und den Unterzeichnern der Erklärung werde der kollektive Hinauswurf in Aussicht gestellt. Aber die Unterzeichner, die jahrelang in der Arbeiterbewegung ständen, werde keine Maßregelung, kein Hinauswurf abhalten, dafür einzutreten, daß die Führer zu verschwinden haben, die den tauwichtigen Missionen „ihre Schuld einfach an Arbeitern in die Schuhe zu schieben“. Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. von Otto Bräde, Paul Franken-Düsseldorf, Friesland, Fries-Röhl,

Redakteur Georg Fuhs, Fritz Gezer, Matzahn, Paul Neumann, Hans Plettner und Paul Wegmann.

Die „Note Fahne“ bemerkt dazu, daß die Partei bisher mit der größten Langmut und Geduld dieses Treibens über sich habe ergehen lassen. Jetzt aber werde der Zentralauschluß den Schlußstrich zu ziehen haben. Das heißt jocosel, daß „die Bräde und Genossen“ bei der nächsten Reinigung aus der kommunistischen Partei hinausfliegen werden. Man könnte über das Ganze mit einem Lächeln hinweggehen, wenn es nicht so unendlich traurig wäre, daß immer noch Tausende von Arbeitern solchen Gesellen nachlaufen, die in all dem über das Proletariat hereinabgeworbenen Elend nichts Besseres zu tun wissen, als sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen. Es wird höchste Zeit, daß die Arbeiter den Schlußstrich hinter dieses Kapitel legen!

Republikanisches

Unter obiger Spitzmarke veröffentlichten wir in unserer Donnerstag-Abendausgabe eine Notiz des Inhalts, daß bei einer gerichtlichen Vernehmung der Prinzessin Cécile Friedrich der Amtsgerichtsrat Westphal in Potsdam an Stelle des protokollierenden Kanzleischiffers einen adligen Referendar, nämlich den Grafen von der Groeben, das Protokoll habe führen lassen. Es wurde in dieser Notiz auf Grund verschiedener Blättermeldungen auch mitgeteilt, der preussische Justizminister Dr. Am Jechnichoff habe dieses Verfahren gebilligt.

Wie nun der „Dema“ amtlicherseits mitgeteilt wird, ist das letztere unrichtig. Der preussische Justizminister hat im Falle Westphal bisher keinerlei Entscheidung getroffen. Dagegen ist das Verfahren des Amtsgerichtsrats Westphal von seinem unmittelbaren Dienstvorgesetzten, dem Landgerichtspräsidenten in Potsdam, im Wege der Dienstaufsicht aufs Ernstlichste mißbilligt worden. Die hiergegen von dem Amtsgerichtsrat Westphal eingelegte Beschwerde ist vom Kammergerichtspräsidenten am 4. Januar dieses Jahres als unbegründet zurückgewiesen, nachdem der fernere Antrag des Amtsgerichtsrats Westphal, gegen ihn wegen der Anordnung des Landgerichtspräsidenten das Disziplinarverfahren einzuleiten, vom zuständigen Disziplinargericht als gejetlich nicht zulässig abgelehnt worden war.

Der Vorwurf des Verfassungsbruchs, den wir in unserer Notiz gegen den preussischen Justizminister erhoben hatten, bleibt nach der amtlichen Darstellung nunmehr allein an dem Potsdamer Amtsgerichtsrat Westphal hängen. Was geschieht mit diesem Herrn? Wird die Mißbilligung einer Handlung als genügende Sühne für Verstöße gegen die Verfassung betrachtet? Beamte, und seien sie noch so hoch gestellt, die den Eid auf die Verfassung geleistet haben, es aber nicht über sich gewinnen können, auch verfassungsmäßig zu handeln, sind von ihren Ämtern zu entfernen.

Rosbach stellt sich tot

Der „Vorwärts“ hatte geschrieben, daß die angeblich aufgelöste „Arbeitsgemeinschaft Rosbach“, die unseren Lesern bekannt ist, als „Soldatentreubund“ weiterbesteht. Darauf hat er folgendes Schreiben erhalten:

„Es ist unrichtig, daß die am 24. November 1921 aufgelöste „Arbeitsgemeinschaft Rosbach“ unter der Bezeichnung „Soldatentreubund“ weiterbesteht.“

Richtig ist, daß ein Soldatentreubund in der „Sturmabteilung Rosbach“ bestanden hat, dessen letzte Reste im April 1921 aufgelöst wurden (was den Behörden bekannt ist).

Eine Nachprüfung der weiteren Angaben Ihres Artikels ist — da die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr besteht — von hier aus unmöglich.

Rosbach, Oberleutnant a. D.
R. Schr. Abschrift (Durchschlag) dieses Briefes ist dem Reichsministerium des Innern zugegangen.

Dieses Schreiben besagt natürlich nichts, und der „Vorwärts“ schreibt denn auch dazu:

„Dieser Berichtigung gegenüber halten wir unsere Behauptung voll aufrecht, daß die Auflösung der „Arbeitsgemeinschaft Rosbach“ nur eine Scheinauflösung gewesen ist, und daß diese nach wie vor in Schlesien ihr Unwesen, namentlich die Terrorisierung linksstehender politischer Gegner, weiterbetreibt.“

Der Ankömmling freute sich der Wärme und schweig. Der Matrose höhnte: „Drei Jahre schon bin ich in dem dunklen Kerker!“

Ergriffen fragte der Krüppel: „Wo hast du deine Augen verloren, Kamerad?“

„Achlos sprach der ohne Augen an der Frage vorbei und strich über das verwahrloste Fell des Hundes: „Wir hatten achtzig Ausfälle. Trotzdem hielten wir den Wack. Da singen die Weibschlagskinder an zu läuten. Und sie beschossen das Schloß mit Gas. Meine toten Kameraden zwangen mich, die rote mit der weißen Flagge zu wechseln!“

Der Ankömmling murmelte: „Der redet irrel!“

Der Matrose nickte: „Aber... Ich wurde bestimmt, mit der Garde zu verhandeln!“

Der mit dem glühenden Totenkopf räusperte.

Die rauhe Stimme des Blinden klang weh: „Auf der Mitte des großen Kampfplatzes sah ich einen die Handgranate abziehen. Das war mein letzter Witz. Es kratzte und zerriß mir die Augen. Seitdem sah ich nichts mehr von unserer Revolution!“

Entsetzt packte den mit dem Totenkopf: „Das bist du??“

Er schloß.

Schnee lag bereits fuffhoch. Der Einsame sah versunken. Die unteren Schläden im Koksosen wurden schon dunkel.

Argendwo rief es. Der Parlamentär nickte. ...
Der Koksosen war erforschen.

Ein großer Palast aus schwarzem Marmor mit vielen Säulen und Statuen erhob sich aus der Nacht: Der Dom.

Der Blinde schäuferte vor der Nische in eine Nische des großen Palastes, in welcher eine Gestalt lehnte. Zähneklappernd bat er um Pflanz. Vergessens. Jaghaft suchte der Matrose nach dem Kirchenmensch. Er suchte zurück: „Das ist ja Stein!“

Hauptmann und Hirschfeld (Triantstheater und kleines Schauspielhaus). Als Hauptmann vor 30 Jahren entdeckt wurde, glaubten unsere Väter, ein neues, silbernes Zeitalter der Literatur sei angedacht. Da aber zu einem solchen Zeitalter mehr als ein Dichter gehört, wurden vor, nach und neben Hauptmann weitere Dichter entdeckt, darunter auch Georg Hirschfeld. Heute können wir diesen Jertum ver-

Dieser Tatbestand ist von mehreren Mitgliedern der jetzt noch bestehenden Vereinigung in Anwesenheit zuverlässiger Zeugen, die wir dem Reichsministerium des Innern jederzeit namhaft machen können, zu Protokoll gegeben worden.“

Hoffentlich bringt der Herr Reichsminister dieser Mitteilung seines Parteiorgans das nötige Interesse entgegen.

Cannes in der Pariser Presse

Paris, 7. Januar.

Die Pariser Morgenpresse beschäftigt sich mit dem Ergebnis des ersten Verhandlungstages der Konferenz von Cannes, also mit der Frage der Einberufung einer allgemeinen Konferenz zur Wiederherstellung von Mittel- und Kleuropas. „Petit Parisien“ sagt, man habe gestern noch Zweifel über die Konferenz von Cannes haben können am Schluß des ersten Verhandlungstages konnten diese Zweifel nicht mehr bestehen. Eine europäische Politik sei inauguriert worden und mache den drei hauptsächlichsten Mitgliedern der Konferenz, Briand, Lloyd George und Bonomi, in gleicher Weise Ehre. „Matin“ erklärt, in Cannes habe man gestern britische Politik getrieben. Unter dem Deckmantel des europäischen Wiederaufbaus werde die Wiederherstellung der Koalitionsparteien betrieben. „Nouvel“ meint, das gestern in Cannes getroffene Abkommen sei nicht weit davon entfernt, dem Wachsen über den pazifischen Ozean gleichzukommen. Es sichere nicht nur den Frieden in Europa, sondern auch seine Sicherung, und wenn morgen ähnliche Maßnahmen ergriffen würden für Deutschland zur Stabilisierung der Welt, sei es kein übertriebener Optimismus, sich einzubilden, daß das große Problem zur Hälfte gelöst sei.

Der sozialdemokratische „Populaire“ ist der Ansicht, daß die Entscheidung bei den französischen Nationalisten noch sei. Sie sei um so größer, als die offiziellen Berichte gezwungen seien, auszugeben, daß die Einkünfte Lloyd Georges bei den Belgieren, Italienern und Japanern Zustimmung gefunden hätten. Der „Pipare“ ist enttäuscht, weil durch die gestrigen Verhandlungen die Reparationsfrage an die zweite Stelle gerückt wurde. Lloyd George habe die Interessen Europas und der Welt im Auge und an diesen Interessen habe Frankreich zweifellos einen schwachen Anteil. Das sei der Bankrott der Reparationen, den das französische Parlament zu verhindern beschäftigt habe. „Gaulois“ ist der Ansicht, daß eine wirkliche Revolution Europas sich vorbereite, daß es aber unmöglich sei, schon heute den Ausgang zu bestimmen.

Zür die Unabhängigkeit Ägyptens

Ein Manifest der englischen Arbeiterpartei

(Intel) London, 6. Januar.

Der Generalkonvent der Trade-Union und das Exekutivkomitee der Labour-Party veröffentlichen ein Manifest zur ägyptischen Frage, in dem sie gegen die Deportation Jugland Paschas, die als eine Herausforderung des ägyptischen Volkes bezeichnet wird, scharfen Protest erheben. Das Manifest verlangt für Ägypten die vollständige Freiheit, eine Regierung nach seinem Sinne zu wählen und Verhandlungen mit dieser vom Volk gewählten Regierung.

Lohnkämpfe der englischen Bauindustrie

(Intel) London, 6. Januar.

Die Unternehmer in der englischen Bauindustrie beschäftigen eine Erhöhung der Arbeitszeit und die Verkürzung der gegenwärtig im Baugewerbe üblichen 44-Stunden-Woche. Sie haben bereits eine Ermächtigung hierfür vom Nationalrat für Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten. Die Bauarbeiter-Union hat alle ihr angeschlossenen Exekutive zu einer Konferenz zusammenberufen, um über die Maßnahmen zu beraten, die von den Bauarbeitern ergriffen werden sollen, falls die Unternehmer ihre Absichten durchzuführen.

Karl Renner, der frühere Staatskanzler von Deutschösterreich, spricht heute Abend in der Gesellschaft der Berliner Sezession, Kurfürstendam 232, 8 Uhr, über die deutsche Aufgabe Österreichs und die Döfiker.

Der amerikanische Vöschhafter in Berlin. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington ist gestern offiziell bestätigt worden, daß die Wahl des Präsidenten Harding für den Berliner Vöschhafterposten auf das Kongressmitglied Dougherty gefallen ist.

Der Parlamentär

Skizze von Albert Daudistel,
Hessungsgefangener in Niederhohenhausen

Schnee fiel. Knatternde Gefächsaautos überreichten besappte Radfahrer und überladene Postwagen. Auf Bürgersteigen leuchteten schleppende Menschen. Laternen flammten. Die illuminierten Schaufenster leuchteten. Es war ein Winter-Sonnabend-Abend.

Die Kanalbaukolonne vorm Dom atmete auf. Bald waren die Geräte verstaut. Hast vertraute im Schneesturm.

Aber der offene Koksosen vorm Dom brannte weiter. Straße und Platz lagen öde. Wind heulte. Ununterbrochen tiefen die Domglocken.

Einlame Schritte passierten näher. Der Hund an der Leine wimmerte. Heiser lautete der Mensch: „Brennt hier Feuer??“

Das Kirchenorchester öffnete sich. Kerzen flimmerten.

„Wo ist das Feuer?“

Schwelgsam tappete schwarze Masse vorbei. Matsch glänzte im Schein. Die Gefächler strahlten.

Auch die Geislin auf der Dornstreppe rief umsonst: „Beilchen — Beilchen — Beilchen!“

Die Kirchenorgel rauscht. Der Hund vor dem Dornportal heult mit dem Wind. Gebeugt, immer noch mit zerklüftener Matrosenmütze, tastet ein Mensch im Dunkel nach Wärme. Vorsichtig fühlt er mit zerrissenen Säuben im Schneeschlamm. Sein Kamerad jitziert an der Leine. Koksbrocken liegen wie Klippen im Finstern. Der Arme stolpert, fällt, höhnt.

Die Alte auf der Dornstreppe erschrickt, kommt und führt den hilflosen zum glühenden Koksosen. Sie bebauert.

Seine Lumpen sind schlammig. Die Hand blutet. Pöchelnd sieht er sich vor die Glut: „Hah — 's ist fast!“

Wieder läuten die Domglocken. Schnell wirft die Geislin den Koksosen voll. Gottesdienst ist zu Ende. Wie eilt nach der Dornstreppe. Schein und Menschen fluten heraus.

Still ist die Nacht.

Mensch und Hund teilen Wärme und Brot. Duster schaut der Dom. Wack zischt. Das Tier wird unruhig. Aus Schneeligem Schleier humpelt ein Krüppel nach dem Feuer. Neue Soldatenmütze. Glühende Totenkopfstarbe.

Der mit dem Totenkopf bittet. Der Hodende richtet das Gesicht hoch: „Ist jemand hier?“

Das Feuer beleuchtet die tote Kolarde der Matrosenmütze. Und erhellt die leeren Augenhöhlen ohne Lider. Der Ankömmling harzt entsetzt.

Zweite Reichs-Frauentagung der U.S.P.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Leipzig, 7. Januar.

Heute vormittag um 11 Uhr wurde die Frauentagung der U. S. P. im kleinen Saal des Leipziger Volkshauses eröffnet. Die hiesigen Frauenchoristen weihen die Tagung mit zwei Lichmannschen Chören und dem Lied „Auferstehung“ stimmungsvooll ein.

Genossin Zieg begrüßte im Auftrag des Zentralkomitees die erschienenen Genossinnen und übermittelte Grüße der wegen Krankheit in der Schweiz weilenden Genossin Toni Sender. Im Namen der Konferenz sprach sie ihr die innigsten Wünsche für baldige Genesung aus.

So wie das Leipziger Volkshaus aus der Zerstörung wieder entstanden ist, so erstarkt auch unsere Bewegung nach dem verbrecherischen Akt der Spaltung von Halle wieder, während die R. P. D. nur noch existieren könne, weil sie mit dem Geiste von Moskau gespalten wird. Das Hunderttausende abwärts stehen, ist die historische Schuld der R. P. D. Andere Hunderttausende haben unerschütterlich für die Partei weitergearbeitet und würden es mit Freuden begrüßen, wenn so viele, die wir ungern vermißt haben, zu uns zurückkehren würden. Bei vielen hat sich erst nach der Abreise von der Partei eine sittliche Reue gezeigt, leider auch bei Klara Zetkin, die unkerer Partei durch ihr Verhalten abgrundtiefste Treulosigkeit zeigte. Wenn wir in unseren Reihen die Anrechtlichkeit nicht aufkommen lassen und ehestich dem Sozialismus leben, müssen wir die Massen im Reich gewinnen und der Arbeiterklasse die Einigkeit und Schlagkraft wiedergeben.

Moderne Lehnsherrschaft

Büder aus dem freien Deutschland

Die Zeiten der Bauernknechtung liegen längst hinter uns. Die offizielle Bauernbefreiung durch Aufhebung der Leibeigenschaft erfolgte gar schon vor 100 Jahren. Nicht verschwinden ist mit dieser und ähnlichen Maßnahmen aber das wirtschaftliche Elend der Kleinbauern, die besonders in Nord- und Ostdeutschland infolge ihrer Lage zu Höfingen der Großgrundbesitzer herabgesunken sind. Ihr eigener Grundbesitz ist zu klein und zu wenig ergiebig, um sie ernähren zu können. Wollen sie auf ihren Schollen leben bleiben, an die sie mit vielen Kaden der Heimatliebe, der Erinnerung u. dgl. gebunden sind, dann sind sie gezwungen, sich auf den großen Gütern als Knechte zu verdienen oder Acker- und Wiesenstücke vom Gut zu pachten. So werden sie zu Lehnslenten bei der Gutsherrschaft, und die Bauernfreiheit ist für sie nur ein Name ohne Inhalt.

Die Republik hat durch ihre Siedlungsgefehrgebung dürftige Versuche gemacht, diese Verhältnisse, die eines modernen Staatswesens unwürdig sind, zu bessern. Wie es mit der praktischen Durchführung dieser gefehrlichen Bestimmungen bestellt ist, zeigt recht anschaulich eine Veröffentlichung in der Zeitschrift des Deutschen Bauernbundes unter dem Titel „Büder aus dem freien Deutschland“. Es wird in dieser Veröffentlichung auf die oben geschilderte Lage der Kleinbauern verwiesen und die Stimmung geschildert, die die Leute veranlaßt, aus Liebe zur Heimat ihre Freiheit zu verkaufen. Es heißt dann weiter:

„In solch ein Dörflein bringt der Bauernbund die Kunde, die die konservative Kreisblattpresse und die Agitatoren oder Zeitschriften des Landbundes niemals gebracht haben, die Kunde, daß ein Gesetz gemacht wurde, dessen Bestimmungen erzwingen lassen, daß solche unfelbständigen Existenzen wirtschaftlich selbständig gemacht werden können. Aus wirtschaftlich abhängigen sollen freie Menschen gemacht werden. Jahrhunderte der Abhängigkeit haben die Menschen mißtraulich gemacht und nur zögernd gehen viele an die Sache heran. Die Mutigen aber entschließen sich, von dem Gesetz Gebrauch zu machen, und einen Antrag auf Land aus dem Besitz des großen Gutes zur Vergroößerung ihres Besitzes zu einer selbständigen Ackerndahrung zu stellen. Das waren 39. Der Antrag geht ab. Das zukünftige Kulturamt ist, wie die meisten solcher Aemter, mit Arbeit über-

häuft. Es dauert Monate, bevor der Antrag überhaupt nur zur Bearbeitung kommt. Unterdeßsen laufen die Klagen ein aus dem Dörflein. Von 39 sind bereits 22 wieder abgesprungen. Warum? Die Sache wird unterzucht, und so stellt sich heraus, was allüberall zu bemerken ist: Sobald im Schloß bekannt wurde, daß ein Antrag gestellt war, hat der Krieg gegen die „meuterischen Bauern“ begonnen. Zuerst kam die Drohung, daß sämtliche Pächten nicht erneuert werden für diejenigen, die die Unversämtheit besaßen, den Antrag auf Land zu stellen. Das würde bedeuten, daß diese Menschen aus ihrer Heimat vertrieben würden. Dem schließt ja nun Gottseidank die Pächtschuldenordnung ein, welche noch ein Kiegel vor. Aber keine Hemmung, keinen Schutz gibt es gegen die vielen Schikanen, mit denen die Kleinen müde gemacht werden können. Bauholz, Brennholz, Waldstreu aus dem Walde der Herrschaft wird nur noch an die Gefälligen verkauft. Der Rest des Gutes deckt nur noch geringfügige und unterwürfige Käufe, die meusterlichen Kassen stundenweit wandern, bis sie einen Balken ihrer Parteirichtung finden. Solche und ähnliche Schikanen machen die Leute müde.

Dagegen hilft nur eines: Es muß endlich von der höchsten Stelle aus allen denen, die mit der Anliegerhebung zu tun haben, klargemacht werden, daß Anliegerhebung nicht etwas Nebensächliches, sondern Bauernbefreiung ist, Befreiung aus wirtschaftlicher Abhängigkeit, die in einem freien Lande unerträglich ist. Das Werk muß mit viel größerer Beschleunigung und in einem anderen Geiste als bisher durchgeführt werden. Neben diesem Druck von regierungswegen her muß aber stehen die Selbsthilfe der Beteiligten: Durchhalten, nicht müde werden, nicht klein beigeben, zusammenstehen, sich gegenseitig helfen! Nur mit dieser Lösung ist das Werk durchzuführen. Zum Ziele! In ganz Deutschland freie Bauern auf freiem Lande.

Die Schilderung der Handlungsweise der Gutsbesitzer fügt sich in das Bild ein, das wir seit Jahrzehnten und Jahrhunderten vom preussischen Junker kennen. Der gewalttätige Eigennutz, der die eigene Existenz und das materielle Vorrecht mit allen Mitteln der Unterdrückung, der Aushungierung, der Bauernlegerei gegen die landhungrigen Bauern schützt, hat sich im Laufe der Zeit gemildert. Durch alle gefehrlichen Schranken, die der Jügellosigkeit des Großgrundbesitzers nach und nach gezogen wurden, hat er sich durchgewunden, und immer wieder Mittel und Wege gefunden, seine beherrschende Stellung zu behaupten, und die Bauern in Abhängigkeit von sich zu erhalten. Das sind dieselben Leute, die dem Staate die Steuern verweigern, die durch ihre Expresierpolitik so oft die Volksernährung gefährdet haben, und nur mit millionenschweren Liebesgaben beruhigt werden konnten. Das sind dieselben Leute, deren Kriegen der größte Teil der Diplomaten und Offiziere des alten Regimes entstammte, die in völliger Verkennung der Lage und in ihrer einseitigen Machtpolitik das deutsche Volk ins tiefste Unglück stürzten.

Die Konservativen haben sich oft ein soziales Mäntelchen umgehängt, und ihre neudeutschen Nachfolger, die Deutschnationalen, tun es ebenso. Die geschilderten Vorgänge, die sich sicher hundertfach wiederholen, zeigen, was es damit auf sich hat. Dabei müssen wir betonen, daß selbstverständlich die Ziele des Deutschen Bauernbundes und der neudeutschen Siedlungspolitik nicht unseren Anschauungen über eine großzügige Agrarreform entsprechen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß diese geringen Möglichkeiten, die die Gefehrgebung geschaffen hat, mit Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden müssen. Dem preussischen Junker und seinem neueren Anhang, der bedenkenlos die alten Mäntel übernommen hat, ist nur mit Rücksichtslosigkeit beizukommen.

Ein deutscher Dampfer gesunken. Dem Norwegischen Telegraphen-Bureau wird aus Haugesund gemeldet: Der deutsche Dampfer „Signal“, der am 16. Dezember von Saarnag nach Königsberg mit einer Ladung Reis abgegangen war, ist noch nicht an seinem Bestimmungsort angekommen. Es wird angenommen, daß das Schiff mit Mann und Maus während des starken Sturmes am 17. Dezember in der Nordsee untergegangen ist. Das Schiff hatte eine Besatzung von 26 Mann.

Lohnföhrungen in der Schweiz. Die Arbeitnehmer des Buchdruckgewerbes in der Schweiz kündigten den Tarifvertrag, um die Löhne der Angehörigen angehöht des Rückganges der Teuerung und der Beistärkung der nationalen Wirtschaftsstärke herabzusetzen zu können.

direktorin zu sein. Das Leben ist sehr kurz, Genossin Cosoldi, und nach einer Talmudlage müssen wir am jüngsten Gericht Rechenschaft über alles, was wir an Schönheit und Freuden hier auf der Erde vermisst haben, ablegen. — Käthe Dorst gab durch die Kraft ihres erdhafnen Seins dem schwangeren Fabrikmädchen Wahrheit. Ich glaube, sie war gelähmt durch die Unwahrscheinlichkeit der Situation, in die sie Hirschfeld gebracht hatte.

Ueber „Eiga“ zu schreiben habe ich, ohne es zu bedauern, kaum noch Platz. Es ist, allem in allem, Hauptmanns uninteressantestes Stück. (Geschrieben 1896.) Ein Stück in dem uns kein einziger Mensch erregt — das muß für Hauptmann keine kleine Leistung gewesen sein. Dabei hat es trotzdem eine beklemmende Kraft der Bühnengestaltung. Eine wilde Balladenmelodie, die der Szene zwischen Mann, Frau und Liebhaber sogar Größe gibt, aber nur Größe des Amrisses, der Stimmung, — nicht der Seele. Gespielt muß es werden wie ein grausamer, unwahrscheinlich kalter Traum. Am Triontheater machte der unähliche Regisseur Georg Astman daraus ein hübschgestaltetes Stück ohne Balladenmusik und Trauralp. Die Durieux war mit der blendenden Härte und klavischen Dämonik ihrer Eiga für das Stück wie geschaffen. In ihren polnischen Toiletten sah sie hinreichend aus. Aber ihr fehlte das, was gerade ihr und gerade diesem Stück ein Requisite hätte geben müssen. Ihr blutdürstiger Gatte war nicht Bellerose, der einzige, der nach Ritter und Janings den Grafen Starckenski spielen konnte, sondern eine hohle Ähnlichkeit namens Theodor Beder, neben der selbst Conrad Veidt noch ein Mensch mit Schickel und Seele war. Felix Stößinger

Der Tiefstand des soziologischen Bildungswesens ist eine oft behauptete Tatsache, an der jedoch alle gutgemeinten Reformversuche im Rahmen des überliefereten Schulbetriebes bisher nur wenig zu ändern vermochten. Um so bemerkenswerter sind die großzügigen Versuche, die die Volkshochschule Groß-Berlin auf diesem Gebiet unternimmt. Der Lehrplan für die demnächst beginnende 7. Arbeitsperiode enthält eine große Reihe von Veranstaltungen, die das weite Gebiet der Gesellschaftswissenschaften betreffen. Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie und ausgiebig veranschlicht, aber auch die anderen Gebiete der Wissenschaft von der Gesellschaft finden eine ihrer Wichtigkeit entsprechende Behandlung.

Der Entwicklung des Rechtslebens und der Gestalt der menschlichen Gesellschaft gelten zwei Kurse von Dr. Theodor Geiger, wie überhaupt die Entwicklungsgeschichte im weitesten Sinn des Wortes volle Bewegungsfreiheit einräumt. Daneben geben Vorträge von der politischen und Kulturgeschichte einher. Professor Dr. Liebert, Generalsekretär der Kant-Gesellschaft, behandelt das Problem der Revolution. So am Standpunkt der an Amt anknüpfenden soziologischen Richtung. Der marxistische Standpunkt wird durch eine Reihe von Veranstaltungen vertreten, unter denen besonders das historisch-ökonomische Seminar von Max Grünwald zu nennen ist. Einen Abriss der gesellschaftlichen Entwicklung von der Urgesellschaft bis zum modernen

Klassenkampf unter besonderer Berücksichtigung des Problems der Evolution und Revolution kündigt Alexander Stein an. Dr. Colm erörtert, gleichfalls vom marxistischen Standpunkt, die wichtigsten Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Ihren Gegenpol, die Gewerkschaftsbewegung, hat ein Kurkurs von Richard Seidel zum Gegenstand. Vorzüglich vertreten ist auch das Gebiet der Wirtschaftsgeographie. Professor D. Babin vom Institut für Meerestunde leitet eine Arbeitsgemeinschaft für praktische Geographie; über die besonderen Verhältnisse Deutschlands hält Professor Lampe einen Spezialkursus ab. Stadtbaurat Horten spricht über Wirtschaftspolitik, Sozialisierung und Wiederaufbau.

Schließlich sind Vorträge von der Arbeitergemeinschaft über die verschiedenen sozialpolitischen Probleme von der Jugendfürsorge bis zur Bodenreform und Siedlungsfrage vorgesehen. Sozial- und geschichtsphilosophische Veranstaltungen, in denen alle wichtigen Erscheinungen der Gegenwart und Vergangenheit Berücksichtigung finden, bilden den Beschluß. Bleibt man in Betracht, daß die Volkshochschule Groß-Berlin auch die exakten Naturwissenschaften, sowie die Geisteswissenschaften mit nicht geringerer Liebe pflegt, so gewinnt man den Eindruck eines harmonisch nach allen Seiten ausgreifenden Organismus, von dem man nur wünschen kann, daß er auch weiterhin, vom Vertrauen der breiten Öffentlichkeit getragen, seine hohe Kulturmission erfüllen möge.

Tages-Notizen

Schauföhrungen. Volkstheater: 11. Die Knechtstube. — Stadt. Opernhaus: 13. Zauberflöte (N.). — Neues Volks-Theater: 13. Heuler. — Jüdisches Theater: 13. Ein grautes Experiment. Gulasch, es blüht. Die bebende Kombe.

Theater. Neues Volkstheater. Spielplanänderung: heute und morgen: „Die Gelehrten“ und „Der verdrängte Knecht“. — Die Volkshochschule: 13. Heuler. — Jüdisches Theater: 13. Ein grautes Experiment. Gulasch, es blüht. Die bebende Kombe.

Kommerselabend des Arbeiter-Handwerkerverbands „Vereinsfreunde“. Sonntag, abends 7 Uhr, Schulaula Gröbenthal Str. 6. Mitwirkende: Kommerzienrätin Dora Berman; Geolog, Dr. A. A. Krieger; Joseph Weisshart; Malin; Emil Stegmann; Violinistin, Karsten W. 350. einfl. Steuer

Museumsvorlesungen durch Direktorlektanten. Sonntag, 8. Januar, 9½ Uhr, Kundgebung durch das Kaiser-Friedrich-Museum mit Lichtbild über die Geschichte der Sammlungen und im Museum für Vögelkunde Führung durch die Ornithologische Abteilung. Julekisten (1 R.) am Eingang der Mäusen.

Wochentage in der Einzelarbeit. Die am 12. u. 13. geplante Nacht-Veranstaltung in der Einzelarbeit muß verschoben werden. Der nächste genaue Termin wird nach bekanntgeben.

Vereinsangelegenheiten. In der Rundschau der Stadt (Volksbühnen Str. 136a) werden im Januar erscheinende Gemälde, Skulpturen und Stahlbilder von Arnold Lipp und Adolf Bauer gezeigt. Gleichzeitig die Stadt-Gemälde, die Werke aller hiesigen erscheinenden Künstler enthält. (Tagung von 10-12, Sonntag von 11-3 Uhr.)

Centralkomitee für Erlangung v. Unterlicht. Beginn der „Wissenschaftlichen Vorlesungen“ am Montag mit: 1. Lesung: Schöndörfer; 2. Schula, Mineralogie; 3. Keller, Werkstoffe des Steinmetzhandwerks. — Gelehrten-Verein: Vortrag Experimentelle Biologie; 4. Druck, Sprachlehre; 5. Pressen, Gebirg Hauptmann; 6. Mittwoch: 7. Brunner, Stahlbilder; 8. Krieger, Preussische Wälder. Donnerstag: 9. Lesung, Schöndörfer; 10. Lampe, Geometrie Groß-Berlin — Amerika; 11. Ullrich, Geisteswissenschaft. Freitag: 12. Lesung und Werkstoffe; 13. Kunst und Programm: Volksbühnen Str. 136.

Das Ende der Erwerbslosenfürsorge

Aus Stadterordnungsstellen wird uns geschrieben: Von den Reichs- und Staatsstellen wird gefordert, daß die Bestimmungen über den Ausschluß von Erwerbslosen nach Ablauf der 13 bzw. 26 wöchigen Unterföhrungsbauer (§ 12a des Statuts der Erwerbslosenfürsorge) mit größerem Nachdruck als bisher zur Durchführung gelangen.

Der Magistrat erläßt durch die Erwerbslosenfürsorgestelle, als ausführendem Organ, eine Verfügung dieser Aufforderung gemäß, die die Wirkung hätte, daß etwa drei Viertel der jetzt bezugsberechtigten Erwerbslosen von dem Bezuge jeder Erwerbslosenunterföhrung ausgeschlossen sein würden. Die Verfügung sieht vor, daß für alle landwirtschaftlichen Arbeiter, alles Hauspersonal, das im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe beschäftigte weibliche Personal und alle ledigen, weiblichen Industriearbeiterinnen, die vor dem Kriege als Dienst- oder Hausmädchen beschäftigt waren, die Bezugsberechtigung auf 13 Wochen festgelegt wird. Weiter sieht die Verfügung vor, daß für die Metallindustrie 41 Berufsgruppen, die gesamte Textilindustrie, Buchbinder aller Branchen, der größte Teil der Lederindustrie, ziemlich restlos die Holzindustrie, Nahrungsindustrie, Graphisches Gewerbe, Handel und ungelernete Arbeiter acht Gruppen. Daneben die freien Berufe und die gesamte Bekleidungsindustrie. Die Arbeiterinnen in der Metallindustrie werden mit 14, in der Textilindustrie mit 11, in der Bekleidungsindustrie mit 18, im Handel mit 5, sämtliche Buchbinderinnen und ungelernete Arbeiterinnen im Alter von 14-21 Jahren unter eine Bezugsdauer von 26 Wochen gestellt.

Damit nicht genug, wird auch noch verfügt, daß bis zum 1. Oktober 1919 rückwirkend festgelegt werden soll, ob 26 Wochen Erwerbslosenunterföhrung gezahlt wurde. Ausnahmen sind nur zulässig und würden den Ausschluß aus der Erwerbslosenfürsorge aufhalten, wenn die Ausschließung eine „unbillige Härte“ bedeuten würde. Die Entscheidung darüber wird dem Fürsorgeausshuß überlassen. Dieser entscheidet jedoch nicht endgültig, wie bisher, sondern bei Bewilligung der Unterföhrung ist die Genehmigung des Oberpräsidenten zu weiteren Zahlung einzuholen. Bei neuen Unterföhrungsanträgen muß geprüft werden, ob der Antragsteller 13 bzw. 26 Wochen Unterföhrung seit dem 1. Oktober 1919 bezogen hat. Anträge können nur berücksichtigt werden, wenn seit der Einstellung der Unterföhrung 26 Wochen verstrichen sind. Ausnahmen sind nur durch den Fürsorgeausshuß und den Oberpräsidenten zulässig.

Zum Schluß wird besonders darauf hingewiesen, daß alle zum Ausschluß gelangenden Erwerbslosen in den statistischen Meldungen besonders kenntlich zu machen sind. Durch Ausführung der Beschlüsse und durch diese scharfe Bestimmung würde die Wirkung eintreten, daß von den statistisch gemeldeten 58 000 Erwerbslosen circa 40 000 der Unterföhrung verlustig gehen. Wenn man daneben berücksichtigt, daß sehr viele dieser Erwerbslosen in ihrer Erwerbsfähigkeit durch Gebrechen oder Alter beschränkt sind, nach den Bestimmungen jedoch als Erwerbslose zu gelten haben, in den Arbeitsnachweisen schlecht in Arbeit zu bringen sind, so bedeutet diese Verfügung ein Vergehen diesen Kernsten gegenüber. Wir müssen von den Reichs- und Staatsbehörden fordern, daß diese Verfügung sofort aufgehoben wird, da sie einfach die Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge bedeutet. Dem Magistrat muß aufgegeben werden, sofort Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

Man muß sich nur zu helfen wissen

Aus Zehlendorf wird uns geschrieben: Sie haben schon allerdand Sorgen, die Mitglieder unserer toten — lebenden Einwohnerwehr. Man hat ihnen die Waffenscheine entzogen. — Freiheit! Nun haben sie Waffen und keine Waffenscheine.

Mit nachdenklichen Gesichtern sahen jüngst die Häuptlinge darob zusammen. Wenn ich George Groß wäre, hätte ich diese unmenschlichen Gesichter gerechnet. Sie redeten vom Kaiser, vom Monarchismus, von schönen Klauenorden, von Subordination und — vor allen Dingen — von der roten Pest. Redeten sie von ihrem Staatsideal, machten sie Gesichter wie schmeißerische, schwindelnde Käfer; redeten sie von den roten, dann sahen sie aus wie blaue Hühner. Es fehlte ihnen nur der Schwanz zum Wedeln. Doch vielleicht erbarmt sich ihrer die Natur. Unsere Ähnen im Urwald hatten ja solch Ding an der bewakten Stelle, wo der Rücken anfängt, unanständig zu werden. Als überflüssiges Gebilde entwickelte es sich zurück. Bei diesen guten Deutschen ist es aber wieder notwendig geworden — als Barometer ihrer Ergebenheit.

Doch Ergebenheit hin, Ergebenheit her, — wie kommt man zu Waffenscheinen? Die Häuptlinge lannen und lannen, dann aber hatten sie's, Hoffmann!

Unden Tags ging an die Mittlieder der „ehemaligen“ Einwohnerwehr, die heute noch besteht, ein vertrauliches Rundschreiben, das besagte: Passiert ein Einbruch in Zehlendorf, dann, liebe Freunde der Orgele, beantragt die Anstellung eines Waffenscheines. Rotten sich Leute zusammen, dann tuet bescheiden. Grund: Steigende Unwissenheit für Eigentum und Leben. Beweis: Einbruch und Demonstration. Aber eines noch, liebe Freunde, sagt in eurem Antrage nicht, daß ihr Mittglieder der Einwohnerwehr seid oder waret, man kann nicht wissen, ob bei der Behörde einer sitzt, der den roten unteren Plan verrät! Also — streng geheim!

Ja, so schlau sind die guten Zehlendorfer, aber — wir erfahren es doch!

Wenn die Zehlendorfer in nächster Zeit wieder solch schwere Eier auszubrüten haben, dann hilft ihnen lieber Hauptmann Stennes, der als Adjutant zur Zehlendorfer Schure verlegt ist. Wir sind überzeugt, daß die Sache dann noch besser klappen wird.

Ausbesserung der Wohnbaracken in Müderhof. Zur Beseitigung der größten Mängel in den Barackenlager Müderhof und den Hofhauskolonien in Johannisthal und Müderhof hat der Magistrat Berlin dem Bezirksamt Treptow jetzt 500 000 R. zur Verfügung gestellt. Das Bezirksamt wird nunmehr, wie wir erfahren, die notwendigen Reparaturen so schnell wie möglich und soweit es die Witterungsverhältnisse zulassen, ausführen lassen.

Erweiterung der Technischen Hochschule in Berlin. Die Technische Hochschule zu Berlin steht im Begriffe, ihr bisheriges Arbeitsgebiet zu erweitern. Versuchen und Lehren, die der wissenschaftlich-technischen Fortbildung aller Fachleute dienen, die bereits im praktischen Leben tätig sind, sollen neu eingerichtet werden.

Die fliegende Kohlenäureflasche. Vor einiger Zeit — es war an einem sonnigen Tage — hielt vor dem Hause Popenstraße 43 der Gefährtenwagen des Bierverlegers Paul A., auf welchem eine Kohlenäureflasche unbedeckt lagerte. Infolge Einwirkung der Sonnenstrahlen explodierte die Flasche, sauste gegen das genannte Haus, slog dann wie ein Torpedo über das Dach des gegenüberliegenden Gebäudes Popenstraße 1 hinweg und krachte in den Hof hinab. Durch den Luftdruck waren in den angrenzenden und gegenüberliegenden Häusern zahlreiche Fensterhölzer zertrümmert und die Fassade des Hauses Nr. 43 beschädigt worden. Mehrere Passanten, die zur Zeit der Explosion in der Nähe der Unfallstelle waren, waren nur durch ein Wunder unversehrt geblieben. Wegen A. ist wegen unlagemäßer Lagerung der Flasche Strafauzeige erlassen worden.

Wirtstrenne und Kohlennot. Trotz der Kohlennot und der immer noch geltenden Bundesratsverordnung über die Schenkung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, haben die Lichtstellen in den letzten Wochen wieder einen solchen Umfang angenommen, daß sich das Polizeipräsidium zu energigem Einschreiten gezwungen sieht. Restaurants, Lichtspielhäuser, Geschäftlokale usw.

